

Arbeitgeber lobbyieren gegen Menschenrechts-Instanz

Eine unabhängige Kommission soll den Menschenrechten mehr Respekt verschaffen. Diese Idee schien im Nationalrat so gut wie beschlossen. Doch nun wird Stimmung dagegen gemacht.

Von Bruno Vanoni, Bern

109 Mitglieder des Nationalrats aus allen Fraktionen haben am vorletzten Menschenrechtstag eine parlamentarische Initiative deponiert. Sie verlangt eine eidgenössische Kommission für Menschenrechte. Als unabhängige Instanz soll sie die Behörden beraten und die Bevölkerung sensibilisieren - auf dass die Menschenrechte nicht bloss im Ausland, sondern auch im eigenen Land geachtet werden.

Dass eine solche nationale Instanz für die Durchsetzung internationaler Menschenrechtsabkommen nützlich und wichtig ist, hat 1993 auf einer Uno-Konferenz auch die Schweiz anerkannt. Am 20. Juni muss nun der Nationalrat Farbe bekennen. Denn gegen die Initiative, die von SP-Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi lanciert, von der Ratsmehrheit unterschrieben und von einer Kommission befürwortet worden ist, hat ein mächtiger Verband diskret Einspruch erhoben.

Mit einer Menschenrechtskommission würden «nutzlose Doppelspurigkeiten» geschaffen, heisst es in einem Brief des Arbeitgeberverbandes, der nur an «die bürgerlichen Mitglieder des Nationalrates» ging. Eine solche Instanz könne das Parlament «am Gängelband» führen und sei «in einem Land mit starker Tradition der direkten Demokratie nicht erwünscht».

Dass der Arbeitgeberverband seine Einwände nur den bürgerlichen Ratsmitgliedern darlegt, irritiert Initiantin Müller-Hemmi: «Menschenrechte haben doch nichts mit dem Links-Rechts-Schema zu tun.» Nicht umsonst werde die Forderung auch von den Kirchen und von Parlamentariern aus CVP, FDP, SVP und liberaler Partei mitgetragen.

Im bürgerlichen Lager wundern sich etliche, dass ausgerechnet der Arbeitgeberverband gegen eine Menschenrechtskommission lobbyiert. «Das ist doch kein wirtschaftliches Problem», sagt etwa die Aargauer CVP-Nationalrätin Doris Leuthardt. Der Schweiz stehe die Schaffung einer internen Menschenrechtsinstanz gut an, wenn sie sich international glaubwürdig engagieren und in der Uno-Menschenrechtskommission Einsitz nehmen wolle.

Angst um Einfluss auf Arbeitsrecht

Doch Peter Hasler, den Direktor des Arbeitgeberverbandes, beeindruckten solche Einwände nicht: «Wir bestreiten, dass die Schweiz irgendein grösseres Problem mit den Menschenrechten hat, das die Schaffung einer solchen Kommission rechtfertigt.» Im Gespräch bringt er deftig auf den Punkt, was im zurückhaltend formulierten Brief nur angedeutet ist: Der Arbeitgeberverband fürchtet vorab um seinen Einfluss auf die Umsetzung des Uno-Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie auf die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Er möchte die dabei anfallenden Fragen weiterhin von den «Spezialisten» des Volkswirtschaftsdepartementes und des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) behandelt wissen - also von Verwaltungszweigen, die den Wirtschaftsverbänden traditionell nahe stehen. Von einer unabhängigen Kommission befürchtet Hasler «eine Einmischung in die Wirtschaftspraxis und in die Anwendung des Arbeitsrechts, die nur Kosten, Aufwand und Ärger verursacht und alles andere als KMU-tauglich ist». Hasler warnt auch vor «übermässiger Kritik der Schweizer Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft durch eine Kommission, die an den Realitäten vorbeigeht und aus ideologisch-theoretischer Sicht aus Mücken Elefanten macht». Und schliesslich befürchtet er «negative Erfahrungen wie mit der Rassismuskommission, die dem Bundesrat kürzlich in den Rücken gefallen ist und seine Ausländerpolitik für rassistisch erklärt hat». Man darf gespannt sein, ob sich bürgerliche Anhänger einer Menschenrechtskommission dadurch umstimmen lassen.